

Tietzel, Manfred

**Article — Digitized Version**

## Fünf Jahre nach der Energiekrise: Energiepolitik

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Tietzel, Manfred (1978) : Fünf Jahre nach der Energiekrise: Energiepolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 58, Iss. 12, pp. 613-617

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135264>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Fünf Jahre nach der Energiekrise

Manfred Tietzel, Duisburg

**Fünf Jahre sind seit der Energiekrise von 1973 vergangen. Damals wurde in den westlichen Industrieländern das Schreckensbild einer Zukunft gemalt, das durch Verzicht auf der ganzen Linie gekennzeichnet war. Der folgende Beitrag <sup>1)</sup> analysiert, wie sich die Energiekrise tatsächlich auswirkte.**

---

**A**m 16. Oktober 1973 erschreckte die Weltöffentlichkeit die Nachricht, daß die erdölexportierenden Staaten den Preis für Erdöl drastisch angehoben hatten, und zwar ohne vorherige Konsultationen mit den bedeutenden Erdölimportländern oder den multinationalen Ölgesellschaften, in deren Händen bis dahin die Förderung und der Vertrieb von Erdöl lagen. Die erdölexportierenden Staaten verfolgten mit diesem Schritt ein zweifaches Ziel: Einerseits wollten sie eine Erhöhung ihrer Einkünfte aus ihrem wichtigsten Exportgut erzielen. Andererseits wollten sie politischen Druck auf die westlichen Länder ausüben, um eine pro-arabische Haltung dieser Staaten im damals gerade ausgebrochenen Jom-Kippur-Krieg zwischen Israel und den arabischen Staaten zu erzwingen.

Vor fünf Jahren war die Energiekrise für die Weltöffentlichkeit ein Schockerlebnis, das in der Wirtschaftsgeschichte nur noch mit der Weltwirtschaftskrise in den 30er Jahren und vielleicht noch mit der Koreakrise vergleichbar ist. Damals war von der „Erdöl-Katastrophe“ oder von der „Zweiten Oktoberrevolution“ die Rede. Schnell fanden sich Propheten, „die es immer schon vorausgesagt hatten“, oder solche, die den westlichen Erdölimportereuren das Schreckensbild einer Zukunft ausmalten, die durch Energieknappheit, stagnierendes Wirtschaftswachstum, tiefe Konjunkturerinbrüche, hohe Arbeitslosigkeit, kurz: durch Verzicht auf der ganzen Linie gekennzeichnet war.

Bei „Krisen“ sind oft Verhaltensweisen und Reaktionen zu beobachten, die mehr einer Erklärung durch die Psychologie als durch Maßstäbe ratio-

nen Verhaltens zugänglich sind. Auch die „Energiekrise“ machte davon keine Ausnahme: In vielen Ländern wurden Fahrverbote und Geschwindigkeitsbegrenzungen für den Kraftverkehr nahezu ohne Widerspruch der Öffentlichkeit mit dem Ziel eingeführt, den Benzinverbrauch zu senken. Ein Blick in die Energieverbrauchsstatistiken hätte jedoch gezeigt, daß der Spareffekt solcher Maßnahmen gemessen am gesamten Mineralölverbrauch nur ausgesprochen gering sein konnte. Auch die damalige Einschätzung der Wirkung des Ölembargos der arabischen Staaten gegen die Vereinigten Staaten und die Niederlande und der generellen Drosselung der exportierten Erdölmengen ist nur verständlich, wenn der tatsächliche Förderrückgang, der zwischen September und November 1973 nur 10 % betrug, mit einem psychologischen Faktor multipliziert wird.

Den übertriebenen Erwartungen über das Ausmaß der Energiekrise entsprachen die überstürzten Reaktionen der Verbraucherstaaten. Es fand zwischen den ölimportierenden Ländern eine ruinöse Konkurrenz um den begehrten Rohstoff statt, und der Preis für Erdöl schnellte Anfang 1974 bis auf 20 \$ pro Barrel (= 159 Liter) hoch, also auf fast das Doppelte dessen, was die ölexportierenden Staaten verlangten. Auch wurde damals ein Übergreifen dieser drastischen Preissteigerungen auf andere Rohstoffmärkte befürchtet. Und wie so oft Erwartungen über bestimmte Entwicklungen dann wahr werden, wenn nur eine hinreichende Zahl von Menschen oder Staaten an sie glauben und sich dementsprechend verhalten, so erlebten tatsächlich viele Rohstoffpreise einen Boom. Der Versuch, sich rechtzeitig mit den vermeintlich bald teureren Rohstoffen einzudecken, beschleunigte den Auftrieb der Preise.

---

*Prof. Dr. Manfred Tietzel, 32, ist Wissenschaftlicher Rat und Professor am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Gesamthochschule Duisburg.*

<sup>1)</sup> Er basiert auf den wichtigsten Ergebnissen von Manfred Tietzel (Hrsg.): Die Energiekrise: Fünf Jahre danach, Bonn-Bad Godesberg 1978 (im folgenden zitiert als „Energiekrise“) und einer Podiumsdiskussion, die kürzlich zu diesem Thema vom Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung mit Praktikern der Energiewirtschaft und Fachwissenschaftlern veranstaltet wurde.

Auch die internationale Politik reagierte häufig einigermaßen kopflos. Staaten, die sehr stark von Importöl abhängig waren, verhielten sich ausgesprochen vorsichtig und eher beschwichtigend. Zu nennen wäre hier z. B. das Treffen der europäischen und arabischen Staatsmänner im Dezember 1973 in Kopenhagen. Auf der anderen Seite kam es aber auch zu mehr oder weniger unverhüllten Drohungen, vor allem seitens der Vereinigten Staaten, die sogar – wenn auch wahrscheinlich nicht ernsthaft – mit einem militärischen Eingreifen und mit Gegenkartellen (z. B. bei Weizen) spekulierten.

### Probleme der Ölexportstaaten

Können diese politischen Reaktionen der Verbraucherländer als unwirksam oder unangemessen bezeichnet werden, so müssen die wirtschaftlichen Analysen der Energiekrise, die damals innerhalb weniger Wochen aufgestellt wurden, einigermaßen oberflächlich genannt werden. Es bestand die Neigung zu globalen Betrachtungen und Prognosen der Zukunft der erdölexportierenden Staaten auf der einen und der erdölimportierenden Länder auf der anderen Seite. Die OPEC-Staaten waren danach die zukünftigen Gläubiger der Welt. Die Weltbank beispielsweise schätzte die kumulierten Leistungsbilanzüberschüsse der erdölexportierenden Länder für das Jahr 1985 auf die astronomische Summe von 567 Mrd. US-\$. Der Block der OPEC-Länder wurde als künftige finanzielle Drehscheibe der Welt angesehen, von der Bestand und Entwicklung des Weltwährungssystems abhingen.

Für die erdölimportierenden Industrieländer wurden schwere Zahlungsbilanzprobleme, eine Aufblähung der Inflationsrate und eine Gefährdung des künftigen Wohlstands befürchtet. Die Entwicklungsländer glaubte man von diesem Zeitpunkt an in die „Dritte Welt“ der relativ reichen Rohstoffexporteure und in die neue Gruppe der „Vierten Welt“ mit den rohstoffarmen Entwicklungsländern einteilen zu müssen.

Uns ist heute zwar ein verlässlicheres Urteil über die tatsächlichen Auswirkungen der Energiekrise als vor fünf Jahren möglich. Doch ist es keineswegs so, daß die Auswirkungen der Energiekrise vorbei sind oder ein für allemal bewältigt wären. Die meisten der Anfang 1974 aufgrund von Prognosen gehegten Befürchtungen sind zwar nicht oder nicht in dem vermuteten Umfang eingetreten. Bestimmte Probleme wurden überdies weit besser gelöst als vorhergesehen. Andere Schwierigkeiten, wie z. B. die Verringerung der Abhängigkeit von Erdölimporten, existieren jedoch nach wie vor.

Im Anschluß an die Energiekrise traten in den erdölexportierenden und erdölimportierenden Ländern ganz unterschiedliche Probleme auf. Ging es

den erdölimportierenden Ländern darum, die negativen Folgen des Umverteilungsprozesses aufgrund der Erdölpreiserhöhungen zu begrenzen, so stand bei den Erdölexporteuren die Aufgabe im Vordergrund, aus einer plötzlich auftretenden Überschusssituation sinnvoll Nutzen zu ziehen und Zukunftsinvestitionen zu tätigen.

**Tabelle 1**  
**Deviseneinnahmen der OPEC-Staaten 1974–1977**  
(in Mrd. \$)

	1974	1975	1976	1977 a)
Einnahmen aus				
Erdölexporten	102	97	118	131
anderen Güterexporten	7	7	7	9
Dienstleistungsexporten b)	4	5	6	7
Erträgen aus Auslandsinvestitionen	4	6	5	8
Gesamteinnahmen	117	115	136	155

a) Schätzung. b) Einschließlich private Transfers.

Quelle: Wilfried Lütkenhorst, Horst Minte: Probleme des monetären und realen Transfers, in: Energiekrise, a. a. O., S. 49.

Die ungeheuer großen Deviseneinnahmen (vgl. Tab. 1 und 2) hatten in diesen Staaten weit drastischere Folgen als der Entzug dieser Gelder in den erdölimportierenden Industriestaaten. Oft war es für die Ölexporteure schwieriger, mit den Folgen des Reichtums fertig zu werden, als für die Ölimporteure, den notwendigen Verzicht in tragbarer Weise zu verteilen.

**Tabelle 2**  
**Prozentuale Aufteilung der Exporte (fob)**  
**der OPEC-Staaten 1974–1977 a)**

	1974	1975	1976	1977 b)
Algerien	3,9	4,1	3,9	3,8
Indonesien	6,3	6,5	6,5	6,2
Irak	5,9	7,6	6,7	7,0
Iran	18,2	18,4	17,6	16,4
Kuwait	8,4	7,9	7,4	6,4
Libyen	6,0	5,6	6,4	7,2
Nigeria	7,8	7,3	8,0	8,3
Qatar	1,7	1,7	1,7	1,4
Saudi-Arabien	26,3	25,4	27,2	28,2
Venezuela	9,2	8,1	7,0	6,0
VAE	5,4	6,3	6,4	6,6

a) Ohne Ekuador und Gabun. b) 3 Quartale.

Quelle: Wilfried Lütkenhorst, Horst Minte, a. a. O., S. 49.

Alle im OPEC-Kartell zusammengeschlossenen erdölexportierenden Staaten sind Entwicklungsländer. Sie sind also durch ein geringes Pro-Kopf-Einkommen, einen niedrigen Ausbildungsstand der Arbeitskräfte, das Fehlen von Verkehrswegen und Kommunikationsnetzen und eine oft mangelhafte Verwaltung gekennzeichnet. Besonders in einigen islamischen OPEC-Ländern herrschen sehr konservative, man kann fast sagen mittelalterliche Wertvorstellungen. Entsprechend groß sind die auftretenden sozialen und politi-

schen Probleme, wenn solche Länder plötzlich zu modernen Industrienationen umgestaltet werden sollen. Ganz offen sind diese Probleme in den letzten Monaten im Iran zutage getreten, wo konservative religiöse Gruppen die politische Führung zwangen, den Weg zu einer modernen Industrienation zumindest langsamer zu beschreiten.

Die industriepolitische Zielsetzung aller erdöllexportierenden Staaten war es, einen Produktionsapparat aufzubauen, der später einmal die Öleinkünfte ergänzen oder bei einem Versiegen der Ölquellen ersetzen kann<sup>2)</sup>. Tatsächlich ist es den Erdölstaaten gelungen, ihren Anteil an den Weltproduktionskapazitäten innerhalb der letzten fünf Jahre von 2 % auf 4 % zu verdoppeln. Alle Länder gaben bei ihrer Investitionspolitik der Schwerindustrie, insbesondere den energieintensiven Branchen und solchen, die auf der Weiterverarbeitung von Erdöl beruhen, den Vorrang vor anderen Branchen. Die meisten Projekte befinden sich noch in der Planungs- und Durchführungsphase, aber schon jetzt zeigt sich in allen Ländern und für alle Schwerpunktbranchen, daß die Industrialisierungspläne revidiert werden müssen.

Die Ursachen dafür sind vielfältig. Die schwache Konjunktorentwicklung in den westlichen Industrienationen, die ja teilweise auf die Erdöl-Preispolitik zurückzuführen ist, sorgte für einen Rückgang der Kapazitätsauslastung einiger Branchen. Die multinationalen Unternehmen zeigten ein nur mäßiges und zudem nachlassendes Interesse an gemeinsamen Investitionsprojekten, was nicht verwundert, da die Verstaatlichung der Ölindustrien, die ebenfalls nach 1973 begann, abschreckend wirkte. Schließlich ist für einige der Ölexporteure aus der Situation des Überflusses Anfang 1974 wieder eine des relativen Mangels geworden. Denn die hohen Erlöse aus den Erdölverkäufen wurden schnell durch zusätzliche Importausgaben ein- und teilweise überholt (vgl. Tab. 3). Durch die rasche Industrialisierung entstanden in bestimmten Regionen moderne Industriezentren, mit denen der Rest des Landes in keiner Weise Schritt halten konnte. Aus dieser dualen Wirtschaftsstruktur ergeben sich eine Reihe weiterer wirtschaftlicher und sozialer Probleme.

**Tabelle 3**  
**Importe der OPEC-Staaten 1974–1977**  
(in Mrd. \$)

	1974	1975	1976	1977 a)
Güterimporte (fob)	36	59	68	85
Dienstleistungsimporte b)	15	23	30	35
Gesamtimporte	51	82	98	120

a) Schätzung. b) Einschließlich private Transfers.

Quelle: Wilfried Lütkenhorst, Horst Minte, a. a. O., S. 50.

Für die großen ölimportierenden Staaten wie die USA, Japan, Frankreich und insbesondere auch die Bundesrepublik Deutschland wirkte sich die Industrialisierungspolitik der OPEC-Staaten zunächst vorteilhaft aus, denn bei ihnen werden die neuen Industrieanlagen bestellt und hergestellt. Erst Anfang der 80er Jahre wird in den Industrieländern der zunehmende Konkurrenzdruck der Güter spürbar werden, die von diesen Anlagen produziert werden. Man rechnet mit Überkapazitäten insbesondere im Bereich der Mineralölverarbeitung, der Petrochemie sowie der Stahl- und Aluminiumindustrie<sup>3)</sup>.

### Scheinproblem Petrodollar

Mit der raschen Industrialisierung in den OPEC-Staaten ist teilweise schon die Frage beantwortet, was aus jenen ominösen Petrodollars wurde, von denen man noch vor drei und vier Jahren schädliche Wirkungen auf das Weltwährungssystem befürchtete. Diese Petrodollars, d. h. der Betrag, den die OPEC-Staaten von ihren Öleinnahmen nicht für zusätzliche Importe ausgeben konnten, stellten nachträglich gesehen ein weit geringeres Problem dar, als damals angenommen wurde. Zwischen 1974 und 1977 stiegen die Deviseneinnahmen der OPEC-Länder kontinuierlich von 117 auf 155 Mrd. \$ an (vgl. Tab 1). In der gleichen Zeit erhöhten sich aber die Importe dieser Staaten von 51 auf 120 Mrd. \$ (vgl. Tab. 3), so daß der Einnahmenüberschuß von 66 auf 35 Mrd. \$ zurückging. Für 1978 wurde sogar geschätzt, daß dieser Überschuß an Petrodollars nur 20 bis 25 Mrd. \$ betragen wird. Das eigentliche Problem der Petrodollars, nämlich Anlagemöglichkeiten für diese Gelder im Ausland zu finden, erledigte sich also teilweise durch das überaus starke Importwachstum der Erdölstaaten<sup>4)</sup>.

Als besonders erfolgreicher Exporteur in die OPEC-Staaten erwies sich die Bundesrepublik Deutschland. Ihr gelang es zwischen 1973 und 1977, ihre Exporte in die OPEC-Länder um 368 % zu erhöhen und auf diese Weise durch eigene Verkäufe 85 % der Erdölrechnung zu bezahlen. Weit weniger erfolgreich waren andere Staaten: Italien konnte nur 52 %, Japan sogar nur 41 % seiner Ölimporte durch eigene Exporte in die OPEC-Länder bezahlen.

Das Auslandsvermögen der OPEC-Staaten in Form von inzwischen angelegten Petrodollars wird auf 155 bis 160 Mrd. \$ geschätzt. Dieser Betrag wird vorwiegend in kurzfristigen Anlagefor-

<sup>2)</sup> Vgl. Wolfgang Ocheil: Die Industrialisierung der arabischen OPEC-Länder und des Iran, in: Energiekrise, a. a. O., S. 17 ff.

<sup>3)</sup> Vgl. ebenda, S. 35 f.

<sup>4)</sup> Vgl. Wilfried Lütkenhorst, Horst Minte: Probleme des monetären und realen Transfers. Aufbringung und Verwendung der Petrodollar, in: Energiekrise, a. a. O., S. 37 ff.

men, wie z. B. Bankeinlagen (58,6%), gehalten. Die Anlage in Aktien, die zeitweise im Zusammenhang mit der Übernahme eines Teils des Kapitals von Krupp und Daimler-Benz viel Staub aufwirbelte, ist mit nur 5,8% relativ gering.

Ein anderer Teil der Petrodollars wurde von den OPEC-Staaten, insbesondere von Saudi-Arabien, zur Erhöhung ihrer Entwicklungshilfeleistungen verwendet. 1976 entfiel auf die Erdölexporteure ein Anteil von 27% an allen Entwicklungshilfeleistungen. Gemessen am Sozialprodukt dieser Länder war dies das Sechsfache dessen, was die OECD-Staaten aufbrachten. Einschränkend muß man allerdings feststellen, daß diese Leistungen vor allem den ärmeren arabischen und islamischen Staaten zugute kamen.

### Schlüsselstellung Saudi-Arabiens

Für alle OPEC-Staaten ist kennzeichnend, daß die verfassungsmäßige Staatsform und die tatsächlich praktizierte, meist diktatorische Regierungsform auseinanderklaffen<sup>5)</sup>. Nur Saudi-Arabien hat eine absolute erbliche Monarchie, bei der der Herrscher gleichzeitig die oberste legislative, exekutive und judikative Gewalt ausübt. Statt einer Verfassung gilt ein königliches Dekret aus dem Jahre 1951. Ein Verfassungsentwurf von 1960 ist bisher nicht in Kraft getreten.

Gerade Saudi-Arabien besitzt aber die Schlüsselstellung innerhalb der OPEC. Das Land ist der größte Erdölproduzent und -exporteur, verfügt über die bei weitem größten Erdölreserven und über immense Einnahmeüberschüsse. Preisveränderungen durch das OPEC-Kartell sind gegen den Willen Saudi-Arabiens nicht durchzusetzen. Politische und soziale Umwälzungen in diesem Staat hätten für die westlichen Verbraucherländer weittragende Konsequenzen. Es ist daher keineswegs überflüssig, sich über die voraussichtlichen sozialen und politischen Auswirkungen des Ölreichtums in diesem Land Gedanken zu machen. Neben unabsehbaren politischen sind soziale Änderungen gewissermaßen programmiert. Auch

<sup>5)</sup> Vgl. Anton Gälli: Die politische und soziale Entwicklung der OPEC-Staaten, in: Energiekrise, a. a. O., S. 73 ff.

Saudi-Arabien wird unter dem Einfluß der Öleinkünfte einen „Modernitätsschock“ erfahren, aus dem es nicht unverändert hervorgehen wird.

Die Ziele des zweiten saudi-arabischen Fünf-Jahr-Planes, der Ausgaben in der immensen Höhe von 144 Mrd. US-\$ und ein jährliches Wachstum von 11,2% vorsieht, werden von den starren religiösen und theokratischen Strukturen, die gesellschaftliche Änderungen des privaten und öffentlichen Lebens behindern, in Frage gestellt. Ohne soziale Änderungen sind die erforderliche höhere allgemeine und technische Qualifikation der Arbeitskräfte und die Beteiligung der Frauen am Arbeitsprozeß kaum vorstellbar. Auch der hohe Bedarf an ausländischen Arbeitskräften wird zunehmend politisch und sozial destabilisierende Elemente in das Land hineinbringen. Politologen halten es daher für wahrscheinlich, daß in den Ländern des Nahen Ostens und insbesondere in Saudi-Arabien die Unruhe in der Bevölkerung beträchtlich zunehmen wird<sup>6)</sup>.

### OPEC-Kartell als Modell

Obwohl nicht zuletzt die Entwicklungsländer von den negativen Folgen der Ölkrise sehr stark getroffen wurden<sup>7)</sup>, war für sie das OPEC-Kartell ein Modell, das sie für ihre eigenen Rohstoffexporte anstrebten. Seit 1973 wurde versucht, bei anderen Rohstoffen, wie z. B. Kupfer, Phosphat, Quecksilber, Kaffee oder Kautschuk, Preiskartelle nach dem Vorbild der OPEC zu gründen. Daß diese Kartelle weit weniger erfolgreich als das Ölkartell waren, liegt neben der schwachen Weltkonjunktur auch daran, daß im Gegensatz zum Erdöl die allermeisten Rohstoffe nicht die erforderlichen wirtschaftlichen Eigenschaften für eine Kartellierung besitzen. Selbst bei einem Erfolg wäre die zusätzliche Importbelastung bei anderen Rohstoffkartellen weit geringer als beim Erdöl, so daß keine wirkliche Gefahr für die westlichen Volkswirtschaften besteht.

<sup>6)</sup> Vgl. Ian Smart: Aussichten für die künftige politische Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten, in: Europa-Archiv, 12/1976, S. 426.

<sup>7)</sup> Vgl. Bernd C. Schmidt: Der Einfluß der Energiekrise auf die Entwicklungsländer, in: Energiekrise, a. a. O., S. 165 ff.

## KONJUNKTUR VON MORGEN

Der vierzehntäglich erscheinende Kurzbericht des HWWA - Institut für Wirtschaftsforschung - Hamburg über die Binnen- und Weltkonjunktur und die Rohstoffmärkte

ISSN 0023-3439

VERLAG WELTARCHIV GMBH - HAMBURG

Viel bedenklicher ist, daß in den Entwicklungsländern keine Bergbauinvestitionen getätigt werden. Bei einem Verbrauchszuwachs von 4 bis 5% jährlich müßten aber die Bergbaukapazitäten in zehn Jahren um 50% erhöht werden. Gegenwärtig ist die Investitionstätigkeit jedoch wegen des gestiegenen politischen und wegen des Verstaatlichungsrisikos recht gering<sup>8)</sup>.

### Probleme der Ölimportstaaten

Für die erdölimportierenden Länder stand zunächst die Frage im Vordergrund, wie bestimmte kurzfristige Probleme, etwa das des Zahlungsbilanzausgleichs, der möglichen Inflationenwirkungen oder des stagnierenden Wirtschaftswachstums, zu bewältigen waren. Es zeigte sich, daß einige dieser Probleme nur vermeintlich bestanden und andere relativ leicht lösbar waren<sup>9)</sup>.

So senkt zwar der langfristig unumgängliche Realtransfer von den erdölimportierenden zu den erdölexportierenden Volkswirtschaften, der nur durch eine Verschuldung aufschiebbar ist, die Realeinkommen in den Erdölimportländern, keineswegs aber die zukünftige Rate des wirtschaftlichen Wachstums. Die relative Verteuerung von Energie verlagert das Wachstum nur auf ein niedrigeres Ausgangsniveau, nach Schätzungen liegt die Niveauverschiebung für die USA bei 4%. Auch die erwarteten Inflationenwirkungen der Ölpreiserhöhungen sind zwar möglich, aber wenig wahrscheinlich – abgesehen von einem primären Preisniveaueffekt im Jahr der Preiserhöhung. Welche Auswirkungen auf das allgemeine Preisniveau eintreten, hängt nämlich nicht so sehr vom Ausmaß der Preiserhöhung, sondern von den induzierten Angebots- und Nachfragerreaktionen ab<sup>10)</sup>.

Die Zahlungsbilanzprobleme wurden von den meisten Erdölimportländern relativ schnell durch Wechselkursanpassungen und zusätzliche Exporte in die OPEC-Staaten gelöst. Schwierigkeiten gab es vor allem bei den Entwicklungsländern, die in einem sehr unterschiedlichen Maße fähig oder bereit waren, sich auf die veränderten realen Bedingungen einzustellen.

Inzwischen sind es längerfristige und zukunftsorientierte Probleme, die in den Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen gerückt sind. Vor allem geht es dabei um die Frage einer zweckmäßigen Energiepolitik<sup>11)</sup>. Der weltweit ansteigende Energieverbrauch und die Erfahrungen des Jahres 1973 machen die Suche nach sicheren Energiequellen und preiswerten

Energieträgern dringlich. Daneben gewinnt die Umweltfreundlichkeit von Energieträgern eine zunehmende Bedeutung. Besonders deutlich wird dieser Aspekt im Zusammenhang mit der Diskussion über den Neubau von Kernkraftwerken.

In der Bundesrepublik Deutschland gelang mit marktwirtschaftlichen Mitteln eine flexiblere und spannungsärmere Anpassung an die neuen Erdölpreise als in anderen vergleichbaren Ländern. Da viele Nachbarländer der Bundesrepublik eine Energiepolitik betrieben, die eine Zurückdrängung von Importenergien bewirkte, kamen überschießende Raffinerieerzeugnisse dieser Länder auf den offenen deutschen Markt. Dies hatte für die Energieverbraucher ein relativ niedriges Preisniveau für Mineralprodukte zur Folge, drückte aber auch gleichzeitig die einheimische Mineralölindustrie teilweise unter die Rentabilitätsschwelle.

In den Vereinigten Staaten ist die energiewirtschaftliche Situation im Vergleich zur Bundesrepublik durch eine Zersplitterung der energiepolitischen Kompetenzen und durch einen überreichlichen Energieverbrauch zu sehr niedrigen Preisen gekennzeichnet, an den sich die Verbraucher inzwischen gewöhnt haben. Die Absicht, von den Erdölimporten unabhängiger zu werden, wurde in den vergangenen Jahren wohl am wenigsten erfolgreich von den Vereinigten Staaten realisiert. Seit 1973 stiegen die aus den OPEC-Staaten importierten Rohölmengen auf fast das Doppelte. Präsident Carter hat es jedoch schwer, einen anderen Kurs der Energiepolitik durchzusetzen. Dem stehen nicht nur die Zersplitterung der Entscheidungsbefugnisse, sondern auch der Widerstand der Verbraucher und das Verhalten des Kongresses entgegen.

Auf internationaler Ebene<sup>12)</sup> haben die westlichen Industrienationen mit der Internationalen Energieagentur (IEA) inzwischen ein Instrument geschaffen, das eine Überraschung wie 1973 unwahrscheinlich werden läßt. Im Rahmen der IEA wurde eine Reduzierung des Ölverbrauchs im Krisenfall, die Heranziehung von strategischen Ölreserven und die Verteilung der verfügbaren Ölmengen unter die Mitgliedstaaten vereinbart, um mögliche Erdölverknappungen breit zu streuen. Die Bemühungen, auf internationaler politischer Ebene mit den Erdölexportländern verbindliche Absprachen zu treffen, sind dagegen weitgehend gescheitert. Die Pariser Konferenz über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit (KIWZ) hat ebenso wie der „europäisch-arabische Dialog“ nur wenig konkrete Ergebnisse gebracht.

<sup>8)</sup> Vgl. Konrad Seitz: OPEC als Modell. Der Kampf um eine neue Weltrohstoffordnung, in: Energiekrise, a. a. O., S. 125 ff.

<sup>9)</sup> Vgl. Manfred J. M. Neumann: Zahlungsbilanzeffekte der Energiekrise, in: Energiekrise, a. a. O., S. 147 ff.

<sup>10)</sup> Vgl. ebenda, S. 148 f.

<sup>11)</sup> Vgl. Helmut Gröner: Energiepolitik zwischen Wettbewerb und Lenkung, in: Energiekrise, a. a. O., S. 191 ff.

<sup>12)</sup> Vgl. Hanns W. Maull: Weltenergieprobleme: Auf der Suche nach neuen Formen internationaler Zusammenarbeit, in: Energiekrise, a. a. O., S. 217 ff.